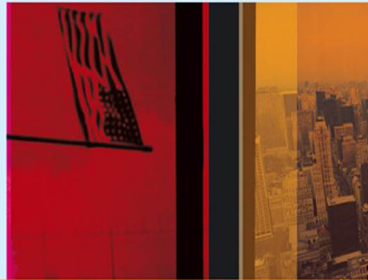


Michael Walzer

Erklärte Kriege -
Kriegserklärungen

Essays



eva



Michael Walzer, geboren 1936, ist einer der wichtigsten zeitgenössischen politischen Denker und Gesellschaftstheoretiker. In seinem umfangreichen Werk widmet er sich immer wieder den Fragen von Nationalismus und Ethnizität, Pluralität und Gerechtigkeit sowie des Erhalts des demokratischen Gemeinwesens. Seit 1980 lehrt er am Institute for Advanced Study, Princeton. Neben seinen vielfältigen akademischen Tätigkeiten ist er Herausgeber der Zeitschrift *Dissent*.

Gibt es einen gerechten Krieg – wie ließe er sich begründen? Fände sich eine Begründung – welches wären die Folgen? Unter diesen beiden Leitfragen beschäftigt sich Michael Walzer seit 30 Jahren mit den Formen staatlicher Gewalt. Der vorliegende Band versammelt die Stationen dieser Auseinandersetzung mit dem Ziel, sie für die aktuelle Debatte, den Kampf gegen den Terror und das Selbstverständnis kritischer Gesellschaftsbetrachtung, fruchtbar zu machen.

Der erste Teil fragt: Wie ist eine Ethik des Krieges beschaffen? Und wie steht es um die Politik der militärischen Intervention aus humanitären Gründen? Der zweite Teil behandelt die wichtigsten Stationen seit dem Ende des Vietnamkriegs: die militärischen Einsätze in Somalia, im Golfkrieg und im Kosovo. Schließlich beschäftigt sich Michael Walzer intensiv mit der Herausforderung terroristischer Gewalt nach dem 11. September. Hier eine glaubwürdige linke Position zu formulieren, heißt für ihn zweierlei: sich von einer reflexhaften Solidarität mit den »Verdammten dieser Erde« zu lösen und – in durchaus patriotischer Absicht – die Verwundbarkeit der eigenen Gesellschaft samt ihrer Institutionen anzuerkennen und ihre Werte zu verteidigen.

MICHAEL WALZER

Erklärte Kriege – Kriegserklärungen

Aus dem Amerikanischen übersetzt
von Christiana Goldmann

Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen
von Otto Kallscheuer

EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT

E-Book (ePDF)

© Europäische Verlagsanstalt | Sabine Groenewold Verlage, Hamburg 2003
Alle Rechte vorbehalten.

E-Book-Ausgabe
CEP Europäische Verlagsanstalt GmbH, Hamburg 2022
ePDF: ISBN 978-3-86393-622-8

Informationen zu unserem Verlagsprogramm finden Sie im Internet unter
www.europaeischeverlagsanstalt.de

INHALT

GRUNDSÄTZE

Die Welt regieren 9

Der Sieg der Lehre vom gerechten Krieg 31

Die Ethik der Kriegführung I 52

Die Ethik der Kriegführung II 62

Die Politik der Rettung 82

SCHWIERIGE FÄLLE

War der Golfkrieg ein gerechter Krieg? 101

Kosovo: Der NATO-Bombenkrieg in Jugoslawien 119

Die vier Kriege in Israel/Palästina 125

NACH DEM 11. SEPTEMBER 2001

Terror 155

Fünf Fragen zum Terrorismus 158

Inspektoren ja, Krieg nein 171

Alte Linke – Neue Kriege

Nachwort von Otto Kallscheuer 181

Textnachweise 197

GRUNDSÄTZE

Die Welt regieren

Welche ist die beste Organisationsform der Weltgesellschaft?

I

Stellen wir uns vor, mögliche politische Ordnungen der internationalen Gesellschaft würden nach dem Grad ihrer Zentralisierung auf einer Skala angeordnet. Ganz offensichtlich ließen sich auch andere Kriterien auswählen. Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte eignen sich ebenfalls für eine solche Anordnung; desgleichen Demokratisierung, Wohlfahrt, Pluralismus usw. Die Entscheidung für das Kriterium Zentralisierung hat indes den Vorteil, daß wir so am schnellsten zu den politischen und moralischen Schlüsselfragen kommen, insbesondere der klassischen Frage: Wie sieht die bestmögliche Herrschaftsform aus? Welche Verfassung sollten wir im Zeitalter der Globalisierung anstreben?

Ich beabsichtige sieben mögliche Herrschaftsformen, Verfassungen oder politische Ordnungen vorzustellen. Diese werde ich im Laufe des Aufsatzes behandeln, ohne hier eine Liste vorzuschicken. Hingegen werde ich jetzt schon die Kriterien aufzählen, an denen die sieben Ordnungen zu messen sind: Ihre Fähigkeit, Frieden zu fördern, Verteilungsgerechtigkeit, kultureller Pluralismus und individuelle Freiheiten. Im Rahmen dieses Essays werde ich einige Ordnungen und Kriterien nur summarisch behandeln können. Da sich die Kriterien als miteinander unvereinbar oder zumindest in einem Spannungsverhältnis stehend erweisen, wird meine Argumentation recht verwick-

kelt sein, sie könnte jedoch, und sollte zweifellos, noch komplexer ausfallen.

II

Am besten beginnt man mit den beiden Enden der Skala, so daß deren Ausmaß unmittelbar sichtbar wird. Am einen Ende, sagen wir am linken – obwohl ich diese Kennzeichnung später mit einigen Fragezeichen versehen werde –, befindet sich ein vereinigter Weltstaat, so etwas wie Kants »Weltrepublik«, in der es nur eine Bürgerschaft gibt, zu der sämtliche Erwachsenen gehören, die alle dieselben Rechte und Pflichten haben. Genau diese Form würde eine maximale Zentralisation annehmen: Jedes Individuum, jeder Erdenbürger wäre unmittelbar mit dem Zentrum verbunden. Auch ein Weltreich, in dem eine Nation über alle anderen herrscht, operiert von einem Zentrum aus, insofern seine Regenten jedoch zwischen der herrschenden Nation und allen übrigen Unterschiede machen, ist sein zentralistischer Charakter relativiert. Die Zentralisation des Weltstaates ist demgegenüber absolut. Im Anschluß an Hobbes' Argument im *Leviathan* möchte ich behaupten, daß ein solcher Staat ebenso gut eine Monarchie wie eine Oligarchie oder Demokratie sein könnte; sein politischer Charakter tangiert nicht seine Einheit. Wohl aber wird die Einheit von jeder rassistischen, religiösen oder ethnischen Trennung berührt, ob diese nun ihrer Natur nach hierarchisch ist, wie im Weltimperium, und zu gewichtigen Ungleichheiten zwischen den Gruppen führt oder bloß funktional bzw. regional. Jede politische Umsetzung von Unterschieden läßt uns auf der von mir vorgestellten Skala nach rechts ableiten.

Am äußersten rechten Ende befindet sich jene Herrschaftsform oder vielmehr das Fehlen einer solchen, die Politikwissenschaftler »internationale Anarchie« nennen. Dieser Ausdruck bezeichnet eigentlich eine zwar hoch organisierte, aber durch und durch dezentralisierte Welt. Bei den Organisationen handelt es sich um einzelne

souveräne Staaten, die an kein gemeinsames Recht gebunden sind. Eine Weltautorität oder internationale politische Entscheidungsverfahren existieren ebenso wenig wie eine übergreifende Rechtsordnung für souveräne Staaten oder einzelne Bürger. Und mehr noch – ich möchte ja schließlich ein Extrem beschreiben –, es existieren nicht einmal kleinere Gruppen von Staaten, die ein gemeinsames Recht akzeptieren und dessen Durchsetzung durch internationale Einrichtungen unterworfen sind. Weiterhin fehlt es an dauerhaften Organisationen von Staaten, die zur Schaffung einer gemeinsamen Politik zusammenarbeiten, etwa in Fragen der Umwelt, der Rüstungskontrollen, der Sozialstandards, der Kapitalbewegung oder anderen Fragen von allgemeinem Interesse. Souveräne Staaten nehmen auf der Grundlage ihrer »nationalen Interessen« Verhandlungen miteinander auf, treffen Abkommen und unterzeichnen Verträge, deren Einhaltung jedoch nicht durch irgendeinen Dritten garantiert werden. Die Staatsoberhäupter beäugen einander nervös und reagieren auf die Politik des anderen. In jeder anderen Hinsicht aber sind die Zentren politischer Entscheidungsprozesse völlig unabhängig. Jeder Staat handelt für sich. Das hier ist keine Darstellung unserer gegenwärtigen Lage, ich beschreibe nicht die Welt im Jahre 2000. Doch offensichtlich befinden wir uns eher auf der rechten als der linken Seite der Skala.

Die Strategie meiner Vorlesung wird darin bestehen, mich von den beiden Enden weg zu bewegen. Ich werde von den beiden Endpunkten in die Mitte rücken, damit deutlich wird, daß ich keine Entwicklungs- oder Fortschrittsgeschichte beschreibe. Die verschiedenen Herrschaftsformen oder Ordnungen sind Idealtypen, keine historischen Beispiele. Auch setze ich nicht von Anfang an voraus, daß die beste Herrschaftsform in der Mitte liegt, ich gehe bloß davon aus, daß sie nicht an den Extremen zu finden ist. Selbst diese Voraussetzung bedarf der Rechtfertigung, ist sie doch keineswegs selbstverständlich. Ich wende mich daher unmittelbar den beiden Fragen zu: Was ist falsch an einer vollkommenen Zentralisierung? Was ist falsch an der Anarchie? Die zweite Frage ist die leichtere, da sie unserer

eigenen Erfahrung näher steht. Anarchie führt regelmäßig zu Krieg, Krieg zu Eroberung, Eroberung zum Imperium, Imperium zu Unterdrückung; Unterdrückung zu Aufstand und Sezession, und Sezession wieder zu Anarchie und Krieg. Dieser Teufelskreis wird unaufhörlich durch die ungleiche Verteilung von Reichtum und Macht unter den betroffenen Staaten verstärkt, wie auch durch die Veränderlichkeit solcher Ungleichheiten (die von der Art der Tauschbeziehungen, der technologischen Entwicklung, den Militärbündnissen usw. abhängen). All das sorgt für Unsicherheit und Furcht nicht nur unter den Regenten der Staaten, sondern auch unter den normalen Bewohnern. Unsicherheit und Furcht aber sind, wie Hobbes bemerkte, die Hauptursachen des Krieges.

Würde jedoch eine internationale Gesellschaft, wie anarchisch sie auch sein mag, sich in denselben Teufelskreis verstricken lassen, wenn sie ausschließlich aus republikanischen Staaten besteht? Kant meinte, die Bürger einer Republik wären weitaus weniger bereit, die Risiken eines Krieges auf sich zu nehmen, als Könige, ihre Bürger diesen Gefahren auszusetzen (*Zum Ewigen Frieden*, Erster Definitivartikel). Gewiß beobachten wir Anzeichen für diese fehlende Bereitwilligkeit in zeitgenössischen Demokratien, obgleich sie nicht immer so stark war wie heute. Zugleich wird sie gegenwärtig durch den willigen Einsatz der modernsten Militärtechnologie relativiert, die zwar ihre Benutzer nicht gefährdet, wohl aber ihren Zielen großen Schaden zufügt. Es mag daher, wie der Krieg im Kosovo schließen läßt, gut sein, daß moderne Demokratien Kants pazifistische Erwartungen nicht erfüllen: Sie werden kämpfen, nur nicht am Boden.

Ein ganz anderes Argument wurde von heutigen Politikwissenschaftlern vorgebracht, daß nämlich demokratische Republiken, zumindest in der Moderne, nicht *miteinander* Krieg führen. Wenn das der Fall ist, so zum Teil deshalb, weil sie gemeinsame Feinde hatten und multilaterale Formen der Zusammenarbeit und Koordination ausbildeten und gegenseitige Beistandspakte schlossen, die die Anarchie ihrer Beziehungen mildern. Sie sind auf der Skala sozusagen nach links gerückt.

Ich möchte aber das Thema »internationale Anarchie« nicht verlassen, ohne etwas über ihre Vorteile zu sagen. Trotz der Gefahren von Ungleichheit und Krieg stellt die souveräne Staatlichkeit eine Möglichkeit dar, unterschiedliche historische Kulturen zu schützen, die manchmal nationalen, manchmal ethnisch/religiösen Charakters sind. Die Leidenschaft, mit der staatenlose Völker nach Staatlichkeit streben, der Eifer nationaler Befreiungsbewegungen spiegeln die düsteren Realitäten des 20. Jahrhunderts, aus denen wir die notwendigen moralischen und politischen Schlüsse für das 21. Jahrhundert zu ziehen haben. Souveräne Macht ist ein Mittel des Selbstschutzes, und dieses Mittels beraubt zu sein ist höchst gefährlich. Die *moralisch* maximale Form der Dezentralisierung wäre eine Weltgemeinschaft, in der jede nationale oder ethnisch/religiöse Gruppe, die auf Schutz angewiesen ist, tatsächlich über souveräne Macht verfügt. Doch aus Gründen, die wir alle kennen und die mit der zwangsläufigen territorialen Ausdehnung der Souveränität zu tun haben, macht und machte die Mischung der Bevölkerung auf dem Boden, und die ungleiche Verteilung der Ressourcen über und unter dem Boden, eine solche Aufteilung der Erde zu einem blutigen Geschäft, und sobald die Kriege ausbrechen, ist es sehr unwahrscheinlich, daß die daraus hervorgehenden Teilungen gerecht oder dauerhaft sein werden.

Die Probleme am anderen Ende der Skala sind von anderer Art. Ein konventioneller Krieg wäre in einem vollkommen zentralisierten Weltstaat unmöglich, denn seine Protagonisten wären verschwunden, und keines der Motive, in den Krieg zu ziehen, wäre mehr wirksam: ethnische und religiöse Unterschiede, divergierende nationale Interessen, ja, jede Art partikularistischer Interessen würden ihre politische Bedeutung verlieren. Verschiedenheit wäre vollkommen zur Privatangelegenheit geworden. Zumindest im Prinzip würde sich der Weltstaat einzig und allein aus autonomen Individuen zusammensetzen, die innerhalb der Grenzen des Strafrechts frei wären, ihren eigenen Lebensplan zu wählen.

In der Praxis ist es allerdings äußerst unwahrscheinlich, daß dieses konstituierende Prinzip vorherrscht. Idealtypen sollten keine reinen

Fiktionen sein, irgendwie müssen sie mit einer vorstellbaren Wirklichkeit übereinstimmen. Daß die Bürger eines Weltstaates sich abgesehen von ihren freien Entscheidungen in allen Stücken gleichen, daß sämtliche kollektiven und ererbten Unterschiede, die für Rivalität und Mißtrauen sorgen, sich im Laufe der Staatsbildung verflüchtigt haben sollten, ist einfach nicht glaubhaft. Sicherlich wird es weiterhin verschiedene Auffassungen darüber geben, wie wir leben sollten, und sie werden sich auch weiterhin in besonderen Lebensformen niederschlagen, viel Loyalität fordern und nach einem öffentlichen Ausdruck suchen. Ich sollte daher den Weltstaat anders beschreiben. Gruppen unterschiedlichster Couleur würden fortfahren, das Leben ihrer Mitglieder in bedeutsamer Weise zu formen, ihr Fortbestand würde jedoch von den zentralen Gewalten ignoriert werden, partikularistische Interessen hätten keinen Geltungsanspruch; Forderungen nach öffentlicher Bekundung kultureller Eigenheiten würden abgelehnt.

Der Grund dieser Ablehnung ist schnell erklärt: Der Weltstaat wäre in vieler Hinsicht den heutigen Staaten ähnlich, nur in sehr viel größerem Maßstab. Will er Bestand haben, muß er über die Loyalität seiner Bürger verfügen und einer ihm eigentümlichen politischen Kultur Ausdruck verleihen. Er müßte jedem in der Welt legitim erscheinen. Angesichts dieser Notwendigkeit sehe ich nicht, wie er die Bandbreite von kulturellen und religiösen Unterschieden integrieren will, von denen wir uns heute umgeben sehen. Selbst ein auf Toleranz verpflichteter Weltstaat wäre in seiner Aufnahmekraft beschränkt durch sein früheres Bekenntnis zu dem, was ich den »Globalismus« nennen möchte, das heißt zu einer zentralistischen Weltregierung. Denn einige Kulturen und die meisten orthodoxen Religionen können nur überleben, wenn es ihnen erlaubt ist, sich in gewissem Maße zu separieren, und das ist mit einem Globalismus unvereinbar. Die Fortdauer solcher Gruppen wäre daher gefährdet. Sie wären unter dem Regiment des Weltstaates unfähig, ihre Lebensform aufrechtzuerhalten und weiterzugeben. So würde ich Kants Warnung deuten, daß eine weltweite Verfassung zu einem »schrecklichen Despotismus«

führen kann (Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis, Teil III), die Gefahr droht weniger Individuen als Gruppen. Ein echteres Regime globaler Toleranz müsste für kulturelle und religiöse Autonomie Platz schaffen, was aber einen Schritt nach rechts auf der Skala bedeuten würde.

Noch einmal möchte ich jedoch die Vorteile aufzählen, die linksaußen auf der Skala liegen, obwohl sie in diesem Fall eher hypothetisch als real sind, da wir weniger Erfahrung mit Zentralisierung als mit Anarchie haben. Ausgehend von der Geschichte zentralisierter Staaten können wir jedoch zu Verallgemeinerungen und der Auffassung gelangen, daß einer weltweiten Verteilungsgerechtigkeit eher mit einer starken Regierung gedient wäre, die fähig ist, allgemeine Sozial- und Arbeitsstandards durchzusetzen und die Ressourcen reicher Länder ärmeren Ländern zufließen zu lassen. Natürlich kann der Wille, mehr Gleichheit durchzusetzen, in einer Weltrepublik fehlen – so wie es ja auch in den meisten souveränen Staaten von heute der Fall ist. Aber zumindest wären die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Europäische Union liefert einige bescheidene, doch nicht unbedeutende Beispiele für eine Umverteilung durch eine zentralisierte Macht. Zugleich birgt die Macht eines einzigen Zentrums die Gefahr der Despotie in sich.

III

Wir wollen nun einen Schritt von der linken Seite der Skala wegrücken, was uns zu einem Weltregime in Gestalt einer *pax Romana* führt. Es kommt dadurch zustande, daß eine Großmacht über alle kleineren Mächte der internationalen Gesellschaft die Hegemonie behauptet. Die Hegemonie wahrt den Weltfrieden, auch wenn es immer mal wieder zu Aufständen kommt, doch tut sie es so, daß noch ein gewisses Maß an kultureller Unabhängigkeit gewahrt bleibt – etwa in Form des Milletsystems der Osmanen, unter denen die verschiedenen Religionsgemeinschaften eine eingeschränkte Autonomie

genossen. Es fehlt ihr allerdings an einer verfassungsmäßigen Garantie, denn das Zentrum kann sie jederzeit aufheben. Zudem muß diese Autonomie nicht unbedingt die der betreffenden Gruppe am meisten zusagende Form haben. Sie ist ja nicht das Ergebnis von Verhandlungen unter Vertragspartnern, sondern wird von den Mächtigen den Schwachen zugestanden. Gleichwohl stellen dergleichen Arrangements immerhin die beständigste Herrschaft der Toleranz dar, die wir aus der Weltgeschichte kennen. Die Herrschenden im Imperium erkennen – zumindest unter Klugheitserwägungen – den Wert der Gruppenautonomie an, und diese Anerkennung hat sich für das Überleben der Gruppe als ungemein wirksam erwiesen. Indes sind sie keineswegs gesonnen, einzelne Bürger an der Regierung des Imperiums zu beteiligen, sie schützen nicht Einzelne vor der eigenen Gruppe, und ihnen liegt nichts an einer gerechten Ressourcenverteilung, sei es unter Gruppen oder Individuen. Die für das Imperium spezifische Machtverteilung ist eine Form politischer Ungleichheit, die gemeinhin für weitere Ungleichheiten im allgemeinen Sozial- und Wirtschaftsleben sorgt.

Ich muß mir sorgfältig überlegen, was ich über die Herrschaft des Imperiums schreibe, bin ich doch Bürger des einzigen Staates in der heutigen Welt, der sie anzustreben fähig ist. Nicht daß ich sie mir für mein Land wünsche, auch glaube ich nicht wirklich, daß sie möglich ist, bloß will ich nicht den Anschein erwecken, als hielte ich die *pax Americana*, wie wenig erstrebenswert sie auch sein mag, für das größte Übel, das der Welt zustoßen könnte – wohl könnte es aber das größte Übel für Amerika sein –, schließlich habe ich mich für ein stärkeres politisches und militärisches Engagement Amerikas in Ländern wie Ruanda und dem Kosovo eingesetzt. In eine solche Rolle zu schlüpfen heißt aber noch lange nicht, in die Vormachtstellung eines Imperiums aufzurücken, die, wenngleich wir sie um der Erhaltung des Friedens oder der Beendigung von Massenmorden willen schätzen, sicherlich nicht eine der bevorzugten Herrschaftsformen ist. Sie würde die eine oder andere von einem Weltstaat ausgehende Gefahr verringern, jedoch nicht auf Dauer, denn die Macht eines Imperiums

ist häufig willkürlich und unberechenbar. Selbst wenn ein bestimmtes Imperium die Autonomie kleinerer Gemeinschaften schützte, wäre es für Einzelne, die in repressiven Gemeinschaften festsitzen, kein Schutz.

Wir sollten nun vom rechten Ende der Skala in Richtung Mitte rücken. Ein Schritt von der Anarchie weg führt uns zu einem Zustand, der in etwa der gegenwärtigen Einrichtung der internationalen Gesellschaft gleicht. (Dies ist demnach der am wenigsten idealisierte meiner Idealtypen.) Wir beobachten heute eine Reihe internationaler politischer, wirtschaftlicher und juristischer Organisationen – die Vereinten Nationen, die Weltbank, den Internationalen Währungsfond, den Internationalen Strafgerichtshof usw. –, die die Souveränität der einzelnen Staaten einschränken. Kein Staat verfügt mehr über jene uneingeschränkte Souveränität, von der politische Denker in der frühen Neuzeit sprachen und die für Anarchie im stärksten Sinne sorgt. Andererseits sind die internationalen Organisationen schwach; ihre Entscheidungsmühlen mahlen langsam und was dabei herauskommt, ist auch nicht immer überzeugend; ihre Vollstreckungsorgane sind nur schwer in Bewegung zu setzen und agieren allenfalls partiell erfolgreich. Kriege zwischen Staaten sind zwar seltener geworden, aufs Ganze gesehen hat die Gewalt jedoch nicht abgenommen. Es gibt derzeit viele schwache, zerrissene, instabile Staaten und die internationale Gemeinschaft vermochte Bürgerkriege, militärische Interventionen, grausame Unterdrückung politischer Gegner, Massaker und »ethnische Säuberungen« von Minderheiten nicht erfolgreich zu verhindern. Auch ist die Ungleichheit in der Welt nicht geringer geworden, und das obwohl der Kapitalfluß über die Grenzen – und wie ich glaube auch die Arbeitsmobilität – auf weniger Hindernisse stößt als je zuvor. Das sollte, glaubt man den Theoretikern des freien Marktes, zu mehr Gleichheit führen. Alles in allem haben wir keinen Grund über den gegenwärtigen Weltzustand glücklich zu sein; tatsächlich bringt die Kombination von (vielen) schwachen Staaten und schwachen internationalen Organisationen Nachteile aus beiden Richtungen mit sich: Der Schutz ethnischer und religiöser Unter-

schiede ist ebenso wenig gewährleistet wie der Schutz individueller Rechte und die Förderung von Gleichheit.

Wir wollen uns nun noch einen Schritt weiter dieser Seite der Zentralisierung nähern. Wir werden dann nicht etwa bei Vereinten Nationen mit eigener Armee und Polizei oder einer Weltbank mit einer einzigen Währung ankommen. Logisch gesehen würden wir zu solchen Ordnungen wohl eher von der anderen Seite der Skala kommend gelangen. Betrachten wir statt dessen dieselbe »Verfassung«, die wir derzeit haben, nur daß sie durch eine stärkere internationale Zivilgesellschaft gestützt würde. Zeitgenössische Politikwissenschaftler meinen, die Zivilgesellschaft habe oft zur Stärkung demokratischer Staaten beigetragen. Ohne Zweifel ist der Demokratie mehr als jeder anderen Herrschaftsform damit gedient, daß gewöhnliche Männer und Frauen sich in Bewegungen engagieren, ihre Kenntnisse erweitern und ihren politischen Handlungsspielraum vergrößern; vermutlich sind sie aber ein Gewinn für jeden Staat, der die aktive Betätigung in Vereinigungen eher unterstützt als unterdrückt. Würden Vereinigungen aber auch einen Aktivposten für die heutigen internationalen Halbgierungsorganisationen darstellen? Ich neige der Ansicht zu, daß sie es, wenn auch bescheiden, bereits heute sind und es noch sehr viel stärker sein könnten.

Stellen wir uns eine große Bandbreite von Bürgerbewegungen vor – zur gegenseitigen Hilfe, zur Förderung der Menschenrechte, zum Schutz von Minderheiten, zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter, zum Schutz der Umwelt und zur Stärkung der Arbeiterschaft –, die sehr viel flächendeckender als heute organisiert wären. All diese Gruppen hätten einen Mittelpunkt, der nicht mit dem der einzelnen Staaten zusammenfällt; sie würden grenzüberschreitend agieren und ihre Aktivisten und Sympathisanten ohne Rücksicht auf deren Nationalität rekrutieren. Alle würden sich in Bereichen engagieren, auf denen auch Regierungen tätig werden sollten, und wo sie sicher mehr erreichen werden, wenn sie von freiwilligen Bürgerinitiativen unterstützt oder gar auf das Problem gestoßen werden. Sobald die Zahl der Freiwilligen groß genug ist, könnten sie

einzelne Staaten drängen, untereinander und mit internationalen Einrichtungen zu kooperieren. Ihre eigene Arbeit würde dabei einer wirksamen Kooperation in die Hände arbeiten.

Diese Vereinigungen von Freiwilligen bestehen jedoch in einer internationalen Zivilgesellschaft neben multinationalen Unternehmen, die über ein Heer gutbezahlter Experten und Angestellter verfügen und alle anderen Akteure auf der internationalen Bühne in den Schatten zu stellen drohen. Bislang ist das nur eine Gefahr, noch keine vollendete Tatsache – die Konzerne sind noch nicht vollständig der Kontrolle durch die Nationalstaaten entronnen –, gleichwohl aber ist diese Gefahr kein Hirngespinnst. Ich kann nicht mehr tun, als ein denkbares Gleichgewicht der Kräfte in einer sich erweiternden Zivilgesellschaft zu beschreiben: internationale Gewerkschaften beispielsweise, politische Parteien, die über nationale Grenzen hinweg arbeiten. Natürlich ließen sich die multinationalen Konzerne in einem Weltstaat oder Weltimperium sofort zähmen, da sie ja keinen Ort mehr hätten, um sich zu vervielfältigen, keine Grenzen, um sie zu überschreiten. Eine Patentlösung für die von ihnen geschaffenen Probleme ist das allerdings nicht. Sie versuchen in der internationalen Gesellschaft ebenso wie in der nationalen, die Maßnahmen und Umverteilungen der politischen Autoritäten zu unterlaufen. Was wir in ihrem Fall brauchen, ist eine praktische, politische Antwort, und gerade die internationale Zivilgesellschaft ist der beste Ort für die Entwicklung einer solchen Politik.

Der beste, aber nicht notwendig ein hinreichender Ort für die Bewältigung dieser Aufgabe. Es gehört zu den Merkmalen der Vereinigungen in der Zivilgesellschaft, daß sie den Problemen hinterherrennen. Sie reagieren auf Krisen. Ihre Fähigkeit, vorauszuschauen, zu planen und präventive Maßnahmen zu ergreifen, hinkt stark hinter des Staates hinterher. Ihre Mitglieder werden sich wohl eher heroisch um die Opfer einer Seuche kümmern, als vorher die entsprechenden Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Sie treffen auf dem Schlachtfeld erst ein, wenn die Verwundeten versorgt werden müssen und die Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf brauchen. Sie organisieren